

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Reinermann-Matatko vom Planungsbüro „Schulentwicklungsplanung-Beratung“, Bonn. Weiterhin führte der Ausschussvorsitzende aus, dass im Vorfeld dieser Sitzung in der interfraktionellen Arbeitsgruppe umfassend an einer Entscheidungsgrundlage gearbeitet wurde.

Frau Dr. Reinermann-Matatko stellte anhand der PowerPoint-Präsentation das Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppe (AG) „Weiterführende Schulen“ vor. Die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Zunächst erläuterte sie den breit angelegten Beteiligungsprozess. Sie führte aus, dass die erste Sitzung lediglich unter Beteiligung der Fraktionen am 03.12.2021 stattfand. Ab der zweiten Sitzung wurden auch die Schulleitungen, sowie Eltern- und Schülervertretungen am Prozess beteiligt.

Weiterhin stellte Frau Dr. Reinermann-Matatko die Verfahrensschritte der AG „Weiterführende Schulen“ vor. Sie führte aus, dass in der ersten Sitzung die zu prüfenden Optionen festgelegt wurden:

1. Option: 1 Zug am Rhein-Sieg-Gymnasium und 1 Zug an der Fritz-Bauer-Gesamtschule
2. Option: 2 Züge an der Fritz-Bauer-Gesamtschule

In der zweiten Sitzung wurden zehn relevante Kriterien definiert, die in einem dritten Schritt gewichtet wurden.

Im weiteren Verlauf stellte Frau Dr. Reinermann-Matatko die Ergebnisse der Gewichtung der Kriterien vor, die in der vierten Sitzung erarbeitet wurden. Sie betonte, dass insbesondere die Kriterien Elternwille, Auswirkungen auf andere Schulen vor Ort, Inklusion und Bau- und Folgekosten für alle Teilnehmer als sehr wichtig bewertet wurden.

Anschließend erläuterte sie die Bewertung der beiden Optionen im Hinblick auf die Kriterien, sowie die daraus resultierende Beurteilung für bzw. gegen eine Option.

Abschließend führte Frau Dr. Reinermann-Matatko aus, dass bei den meisten Kriterien nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Optionen bestehen. Aus diesem Grund betonte die Schulentwicklungsplanerin, dass die Entscheidung für eine der beiden Varianten letztendlich eine politische Entscheidung sei.

Sie wünschte allen Mitgliedern des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung viel Erfolg bei der Entscheidung für eine der Optionen und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Herr Uhland bedankte sich bei Frau Dr. Reinermann-Matatko dafür, dass sie die Arbeitsgruppe sehr sachlich und strukturiert durch den Prozess geführt habe.

Durch die vielen Informationen sei es der CDU-Fraktion leichter gefallen, die richtige Entscheidung zu treffen.

Weiterhin führte er aus, dass die CDU-Fraktion das Kriterium „Auswirkungen auf andere Schulen vor Ort“ sehr stark bewertet habe. Die Themen „Elternwille“ und „Bau- und Folgekosten“ seien für die CDU-Fraktion ebenfalls sehr wichtig. Herr Uhland betonte, dass sich die CDU-Fraktion für die Variante 1 ausspreche, um mittel- bis langfristig einem Existenzrisiko von Haupt- und Realschule vorzubeugen.

Anschließend bemerkte Herr Uhland, dass er bei der Erweiterung der Fritz-Bauer-Gesamtschule um zwei Züge einen zeitlichen Engpass befürchte. Eine Erweiterung des Rhein-Sieg Gymnasiums um einen weiteren Zug könne deutlich schneller umgesetzt werden, da hier bereits ein Erweiterungsbau in Planung sei.

Frau Schmidt von der Fraktion Aufbruch! bedankte sich bei allen Beteiligten der Arbeitsgruppe für die konstruktive Zusammenarbeit.

Sie erklärte aus, dass es grundsätzlich für die Fraktion ein dringendes Anliegen sei und es müsse auch im Sinne des Elternwillens sein, die Vielfalt der Sankt Augustiner Schullandschaft zu erhalten und zu fördern.

Sie betonte, dass sich die Fraktion Aufbruch! für die Umsetzung der Variante 1 ausspreche, d.h. Schaffung eines weiteren Zuges am Rhein-Sieg-Gymnasium sowie, wenn die notwendigen Planungsschritte und ein Zeithorizont klar seien, die Schaffung eines weiteren Zuges an der Fritz-Bauer-Gesamtschule.

Zur Begründung führte sie aus, dass sich am Verhalten der Eltern erkennen lasse, dass das Interesse am Rhein-Sieg-Gymnasium und an der Fritz-Bauer-Gesamtschule so groß sei, dass regelmäßig ganze Züge abgewiesen und auf Nachbarkommunen verwiesen werden müssten. Die Erweiterung der Zügigkeit solle dem entgegenwirken.

Die Umsetzung der Variante 1 führe dazu, dass bereits zum Schuljahr 2026/2027 ein weiterer Zug am RSG zur Verfügung stehen könne. Die Notwendigkeit hierfür ergebe sich aus dem Schulentwicklungsplan.

Weiterhin führte Frau Schmidt aus, dass auch, wenn die Frage der Kosten nicht abschließend in der interfraktionellen Arbeitsgruppe beantwortet werden konnte, jedoch signalisiert wurde, dass beide Varianten finanzierbar seien und sich auch die Folgekosten die Waage halten werden.

Abschließend bekräftigte sie, dass die Fraktion Aufbruch! den Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP unterstützten, um für zukünftige Entwicklungen gerüstet zu sein.

Herr Schmitz-Porten, SPD-Fraktion, lobte die Schulverwaltung, die die Arbeitsgruppe in der beratungsintensiven Zeit sehr gut begleitet habe und bedankte sich bei Frau Dr. Reinermann-Matatzko für die hervorragende Arbeit.

Weiterhin führte er aus, dass die SPD-Fraktion der Variante 1 zustimmen werde. Den Ausführungen seiner Vorredner zum Ergänzungsantrag schloss er sich an.

Frau Dr. Echterhoff bekräftigte die Bedeutung des Ergänzungsantrages für die SPD-Fraktion. Sie äußerte, dass die Schule am Standort Menden eine gute Schule mit einer großen Nachfrage sei. Aus diesem Grund sollen bei den Planungen am Schulstandort Menden Erweiterungsoptionen mitbedacht werden.

Herr Haacke von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lobte das Verfahren, die Diskussionskultur, kundige externe Beratung sowie die rege Beteiligung der Schulen und bedankte sich bei der Schulverwaltung und bei Frau Dr. Reinermann-Matatko.

Er führte aus, dass es aufgrund der Anmeldezahlen und dem Elternwillen berechtigt sei, beide Schulen, das Rhein-Sieg-Gymnasium und die Gesamtschule, jeweils um einen Zug zu erweitern.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze die Variante 1.

Weiterhin betonte er, dass es wichtig sei, bei baulichen Projekten zu berücksichtigen, dass zukünftig bei den Schulen Änderungen vorgenommen werden können. Es werde auch in Zukunft Änderungen der Schullandschaft geben.

Herr Willnecker führte aus, dass sich die FDP-Fraktion ebenfalls für die Variante 1 ausspreche und lobte die gute Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe.

Herr Dr. Pich sprach das Entscheidungskriterium „Mobilität“ an und bemängelte die Anbindungen aller Schulen an den öffentlichen Nahverkehr sowie die schlechten Fahrradwege, die teilweise nicht beleuchtet bzw. gar nicht vorhanden seien. Er äußerte den Wunsch, dem Entscheidungskriterium „Mobilität“ mehr Beachtung zu schenken.

Angesichts des Erweiterungsantrages der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zum Tagesordnungspunkt 5 erwähnte Herr Uhland, dass er bei den Erweiterungsbauten grundsätzlich für die Option „Offen halten“ sei – und zwar nicht nur für die Gesamtschule, sondern für alle Schulformen.

Bei den Bauplanungen müsse berücksichtigt werden, dass zu einem späteren Zeitpunkt eventuell noch weitere Züge eingeplant werden müssen. In diesem Zusammenhang bat Herr Uhland um Einschätzung, wie sowas durchzuführen sei.

Herr Gleß erwiderte, dass am Rhein-Sieg-Gymnasium bereits am kommenden Montag eine Vorstellungsrunde mit den Architekturbüros stattfinde, die die Baumaßnahme begleiten wollen. Was den Ausgang der baulichen Maßnahmen anbelange, habe die Verwaltung beim Rhein-Sieg-Gymnasium mehr Gewissheit als bei der Fritz-Bauer Gesamtschule, wenn es dort darum gehe, nicht nur einen Zug, sondern zwei Züge zu realisieren.

Herr Gleß betonte, dass eine Baumaßnahme, die „Auf Halde gebaut“ oder „Auf Halde geplant“, kostenintensiver sei.

Weiterhin führte er aus, dass es zwei Möglichkeiten für „Auf Halde bauen“ gebe. Die erste Möglichkeit bestehe darin, „in die Fläche“ zu bauen. Dazu wäre ein zusätzliches Grundstück erforderlich oder man müsse ein altes Bestandsgebäude abreißen.

Die zweite Möglichkeit wäre, ein Gebäude statisch so auszurichten, dass man später problemlos aufstocken könnte.

In diesem Zusammenhang bat Herr Uhland, dass die Verwaltung die Mitglieder des Schulausschusses über die zusätzlichen Kosten informiere.

Herr Gleß teilte mit, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei, weder mit Zahlen noch mit zeitlichen Dimensionen zu arbeiten. Das wäre unseriös. Der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und den Schulen sei eröffnet. Was die Planungen, auch an der Fritz-Bauer-Gesamtschule anbelange, würden die Beteiligten permanent auf dem Laufenden gehalten.

Er bekräftigte, dass es für ihn wichtig sei, sich von Anfang an auf eine spätere, mögliche Bauänderung einzustellen. Nur so verringerten sich die Kosten, die aufzuwenden wären, als wenn man dies erst in fünf oder sechs Jahren tun würde.

Im Hinblick auf den Erweiterungsantrag machte der Ausschussvorsitzende folgenden Ergänzungsvorschlag zu den Kosten: „Über die dadurch entstehenden Kosten wird die Verwaltung im Rahmen der Vorstellung der konkreten Planungen berichten“.

In diesem Zusammenhang fragte Herr Doğan, ob es sich bei dem Antrag um einen einvernehmlichen Antrag aller Fraktionen handele.

Dies wurde von den Fraktionen bestätigt.

Herr Dr. Pich stimmte dem Ergänzungsantrag als Elternvertreter zu und führte aus, dass er empfehle, diesen Antrag zu erweitern und zu schauen, ob nicht noch an einer Grundschule ein Zug erweitert werden müsse.

Im Hinblick auf die Erweiterung des Beschlussvorschlages unter Punkt 3 fragte Herr Uhland, aus welchem Grund die Erweiterung der 5-Zügigkeit erst zum Schuljahr 2026/2027 eingerichtet werden solle. In der Niederschrift vom 18.06.2020 sei erwähnt, dass dieses zum Schuljahr 2025/26 passieren sollte.

Zunächst erklärte Herr Dogan, dass aufgrund eines Systemfehlers die Erweiterung des Beschlussvorschlages, die als Tischvorlage im Schulausschuss ausgehändigt wurde, den Mitgliedern des Schulausschusses nicht, wie avisiert, per E-Mail vor der Sitzung zugegangen sei. Dafür bat Herr Doğan um Entschuldigung.

Im Hinblick auf das Schuljahr 2026/27 erläuterte Herr Doğan, dass hier nur die bauliche Komponente bedacht wurde, d.h. die Erweiterung der Fritz-Bauer-Gesamtschule und des Rhein-Sieg-Gymnasiums jeweils um einen Zug oder die Erweiterung der Fritz-Bauer Gesamtschule um zwei Züge.

Die Verwaltung habe nicht den tatsächlichen Umsetzungszeitpunkt der Zügigkeit berücksichtigt. Hier gebe es verschiedene Optionen, aber die Verwaltung habe sich Gedanken gemacht, inwieweit die Optionen mit dem Schulentwicklungsplan harmonisieren können.

Abschließend betonte Herr Doğan, dass die Verwaltung bis zur Umsetzung der Zügigkeit noch einige Jahre Zeit habe und schlug vor, den Beschlussvorschlag unter Punkt 3 folgendermaßen zu ergänzen:

„Die Verwaltung wird zu Beginn des Schuljahres 2024/25, unter Evaluierung der Schüler*innenzahlentwicklung und der räumlichen Situation, den politischen Gremien einen Entscheidungsvorschlag unterbreiten, ob der 5. Zug am Rhein-Sieg-Gymnasium bereits zum Schuljahr 2025/26 eingerichtet werden soll“.

In diesem Zusammenhang kritisierte die Schulleiterin des Rhein-Sieg-Gymnasiums, Frau Fels, dass die Erweiterung der 5. Zügigkeit zum Schuljahr 2025/26 mit dem jetzigen Beschluss nicht möglich sei und erst zum Schuljahr 2026/27 umgesetzt werden könne.

Die Schulleiterin der Gemeinschaftshauptschule Niederpleis, Frau Schleebaum, führte aus, dass sie voraussichtlich bei der nächsten Schulentwicklungsplanung nicht mehr dabei sein werde. Aus diesem Grund betonte sie, dass der Punkt „vorausschauend planen“ ganz wichtig sei.

Sie schlug vor, dass sich die Verwaltung zukünftig Gedanken darüber machen sollte, das an der Fritz-Bauer-Gesamtschule vorgezogene Anmeldeverfahren zu deinstallieren. Nur so sei gewährleistet, dass man in den nächsten sechs Jahren aussagekräftige Anmeldezahlen habe.

Weiterhin führte sie aus, dass das vorgezogene Anmeldeverfahren dazu führe, dass sich viele Schüler an der Gesamtschule anmelden würden, um sich dort zunächst einen Platz zu sichern, obwohl sie vielleicht das Gymnasium bevorzugen.

Die Schulleiterin der Fritz-Bauer-Gesamtschule, Frau Overhage, betonte, dass die Gesamtschule im September ihr 10-jähriges Jubiläum feiere und bedankte sich für die sehr wertschätzenden Worte. Zugleich lud sie die Ausschussmitglieder zu dem Jubiläum ein.

Frau Overhage machte deutlich, dass die Gesamtschule eine andere Schulform sei, die die Vielfalt der Schulen in Sankt Augustin ergänze und nicht unbedingt eine Konkurrenz darstelle. Diese Schulform sei mit einer gymnasialen Oberstufe ausgestattet, die jetzt im dritten und im vierten Jahr sehr deutlich zeige, dass die Schule sehr erfolgreich arbeite.

Sie betonte, dass es hier in diesem Gremium nicht darum gehe, sich für zwei Züge zu entscheiden, die in Konkurrenz stehen, sondern für zwei Züge, die einen anderen Charakter haben – einen gymnasialen Zug und einen Gesamtschulzug.

Anschließend machte Frau Overhage deutlich, dass es der Schule um Planbarkeit gehe. Sie wollte gerne wissen, wann sie mit einem neuen Gebäude, bzw. mit einem 5. Zug rechnen könne.

Anschließend stellte der Ausschussvorsitzende den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.